
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

UVNord und IHK Schleswig-Holstein: Schleswig-Holstein muss den Hochschulpakt erfüllen!

Die IHK Schleswig-Holstein und UVNord appellieren an die Landesregierung, den Verpflichtungen aus dem Hochschulpakt unbedingt nachzukommen. Denn die Wirtschaft des Landes ist dringend auf hoch qualifizierten Nachwuchs angewiesen. Die Hochschulen des Landes sind in der Lage, das entsprechende „Angebot“ zu liefern, wenn man sie denn lässt.

Schleswig-Holstein hat den Hochschulpakt II unterschrieben. Er sieht vor, dass bis zum Jahr 2015 knapp 10.000 zusätzliche Studienplätze im Lande geschaffen werden sollen. Dabei ist noch unberücksichtigt, dass mit dem Wegfall der Wehrpflicht wahrscheinlich ab Mitte 2011 noch mehr Studieninteressierte auf den Markt für Hochschulausbildungen drängen werden. Für Schleswig-Holstein werden dies pro Jahr zwischen 1.000 und 1.500 junge Menschen mehr sein. Im Jahr 2016 kommt außerdem ein doppelter Abiturientenjahrgang hinzu. Schleswig-Holstein muss sich somit auf steigende Studierendenzahlen einstellen. Dazu hat es sich auch verpflichtet.

Bereits heute kommt das Land Schleswig-Holstein seinen Verpflichtungen für die Hochschulausbildung junger Menschen nicht in ausreichendem Umfang nach. Denn für nur rund 60 Prozent der zum Studium berechtigten Schleswig-Holsteiner hält das Land Studienplätze vor. Mit dem nun in Rede stehenden „Export“ von Studienplätzen in andere Bundesländer, wie zum Beispiel Niedersachsen, wird dieses Missverhältnis noch verstärkt. Zudem ist zu befürchten, dass in Schleswig-Holstein viele zum Studium Berechtigte kein Studium anfangen werden – zum einen, weil die Fachhochschulen, die ihre Studierenden zum weitaus überwiegenden Teil aus der umliegenden Region rekrutieren, zu wenige Studienplätze vorhalten, und zum anderen, weil mit einem Studium außerhalb des Landes zusätzliche Kosten verbunden sind.

Die Wirtschaft im Lande Schleswig-Holstein erwartet von der Landesregierung, dass trotz aller notwendigen Sparbemühungen die wirtschaftliche Zukunft nicht verspielt wird. Die zusätzlichen Studierenden werden dringend im Lande benötigt, wenn wir die zukünftigen Herausforderungen bewältigen wollen. Wenn Studierende erst einmal das Land verlassen haben, kommen sie in den seltensten Fällen zurück. Eine Entscheidung für den Export von Studienplätzen in andere Bundesländer im Rahmen des Hochschulpaktes II kommt einer Beschneidung der wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale des Landes Schleswig-Holstein gleich. Wenn wir uns wirtschaftlich nicht aufgeben wollen, benötigen wir die zusätzlichen Studienplätze in Schleswig-Holstein und nicht woanders, so die IHK Schleswig-Holstein und UVNord.

03.12.2010